

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin einmal, im voraus zahlbar, von der Expedition sechs abgeholt 2,50 M. Für Wohnbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Valuta-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Berlin Straße 24b.

Die schlagendsten Konversationsblätter über Herrn Kaum kostet 4,- M. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4625, 4649, 4622

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Einmarsch der Entente-Truppen

Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten. Düsseldorf, 8. März.

Belgische Truppen in Stärke von mehreren Bataillonen sind heute früh um 7 Uhr eingerückt. Ihr Einmarsch vollzog sich in voller Ruhe. Die Truppen sind in den früheren Kasernen untergebracht. Eine große Zahl von Fliegern kreist in den Morgenstunden über Düsseldorf. Vier englische Torpedoboote sind in den Düsseldorfer Hafen eingelaufen. Bis in die neunte Morgenstunde war noch keine Rundgebung und keine in die übliche zivile Ordnung eingreifende Verfügung der Besatzungstruppen erfolgt.

Ruhrort ist nachts, die Ruhenviertel von Duisburg sind heute früh sechs Uhr von belgischen Truppen besetzt worden.

Briand hat dem Reiterbüro mitgeteilt, daß die neue Zollbestimmung im besetzten Gebiet am Donnerstags in Kraft treten wird.

Die militärischen Sanktionen sind bereits in Kraft getreten. Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg sind bereits besetzt. Aber auch die wirtschaftlichen Druckmittel sollen möglichst rasch in Anwendung gebracht werden. Im englischen Unterhaus hat Lloyd George bereits die Gesetzesvorlagen angekündigt, die notwendig sind, um die Abgaben auf die Preise der eingeführten deutschen Waren zu erhöhen, und Briand teilte Berichtserstatern mit, daß noch diese Woche die neue Zolltarife am Rhein errichtet würde. Ueber den Ernst der Situation ist also kein Zweifel möglich, und ebenso wäre es eine schwere Täuschung, zu meinen, daß diese Maßnahmen nicht außerordentlich schädigend auf die Wirtschaft einwirken werden oder leicht umgangen werden könnten. Wir meinen umgekehrt, daß Umgehungsversuche nur neue Verschärfungen hervorrufen würden.

Um den ganzen Ernst unserer Lage sich klarzumachen, muß man noch das Verhalten der Vereinigten Staaten in Betracht ziehen. Präsident Harding hat, wie aus New York berichtet wird, den Plan, sofort den Friedenszustand mit Deutschland wiederherzustellen, anscheinend aufgegeben. Er sei der Ansicht, daß ein solches Vorgehen in dem Augenblick, wo die Alliierten gegen Deutschland mobilisieren, als eine Maßnahme angesehen werden könnte, die gegen die Politik der Alliierten gerichtet sei. Würde der Friede mit den Vereinigten Staaten geschlossen, so könnte Deutschland an Amerika appellieren. Gerade das aber will Harding vermeiden, und er verschiebt deshalb den Friedensschluß.

Die Situation ist also tatsächlich unheuerlich schwierig, und mit entrüsteten Protesten wird sie nicht geändert. Die nationalistischen Politiker aller Art haben ja jetzt ihren Willen durchgesetzt, Deutschland ist „festgebunden“, und die Dehnerien haben ja dafür gesorgt, daß von vornherein die Stimmung für eine Verständigung außerordentlich herabgedrückt ist. Dazu kam noch das unglückliche Auftreten Simons in London, das gerade den Unerföhllichen in der Entente das Spiel erleichterte.

Aber so schwierig und gefährlich die Lage ist, so darf ihr die Arbeiterklasse nicht tatenlos und fatalistisch gegenüberstehen. Sie muß in allen Ländern den Kampf aufnehmen und gegenüber dem entseelten Nationalismus dem Gedanken zum Siege verhelfen, daß nur durch die gemeinsame organisierte Arbeit ohne Rücksicht auf kapitalistische Konkurrenz- und Profitinteressen der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die Wiederherstellung der Schäden möglich ist. Sie muß zeigen — und die Ereignisse selbst werden die mächtigste Förderung dieser Beweisführung sein —, daß die Zwangsmassnahmen zwar das deutsche Wirtschaftsleben schwer schädigen, aber ebenso verhängnisvoll für die Wirtschaft der anderen Nationen, und damit vor allem für die Lage der englischen, französischen und belgischen Arbeiterklasse sind.

Die Sanktionen sind in Kraft, aber das schließt nicht aus, sondern macht erst recht notwendig, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden. Die deutsche Regierung ist in ihren letzten Vorschlägen sehr weit gegangen, und es ist kein Zweifel, daß eine Vereinbarung auf diesen oder ähnlichen Grundlagen weitaus besser den Interessen der zerstörten und verwüsteten Provinzen gedient hätte als der Abbruch der Verhandlungen und die auch dem Wortlaut des Friedensvertrages widersprechenden Zwangsmassnahmen. Aber der nationalistische und militärische Geist hat es anders gewollt. Er muß zurückgeschlagen werden in einem energischen, gemeinsam geführten Klassenkampf vor allem des englischen, französischen und deutschen Proletariats, um endlich seinen verheerenden Wirkungen ein Ende zu setzen.

Im Reichstage wird um 1 Uhr der Reichskanzler eine Erklärung über London abgeben. Die Debatte soll erst nach der Rückkehr des Außenministers Dr. Simons, der morgen nachmittag erwartet wird, stattfinden. Endgültig wird darüber der Vorkonferenz des Reichstags, der vor der Sitzung zusammentritt, beschließen.

Am 11 Uhr vormittags fand eine Sitzung zwischen der Regierung und den Parteiführern statt, zu der aber die Unabhängigen nicht geladen waren.

Handen worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft, und wir haben diese fünfjährige vorläufige Regelung nur unter dem Zwange des Ultimatums, das heute endet, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorschlagen zu müssen. Wieder hätten wir eine Gesamtregelung vorgezogen, und deshalb haben wir ursprünglich eine Gesamtregelung vorgeschlagen. Auch jetzt noch würden wir eine solche weitaus vorziehen. Wir hatten aber keinen zweiten Vorschlag in der Tasche, sondern mühten nach der Abschnung des ersten einen neuen Weg suchen und haben uns am diesen neuen Weg sowohl hier in der Delegation wie in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt und ich habe den Auftrag ausgeführt, die Konferenz um einen kurzen Aufschub zu bitten, um mit dem Kabinett über die Gesamtregelung Fühlung nehmen zu können.

Ich stelle fest, daß auch dieser deutsche Vorschlag unbeachtet geblieben ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich schon, daß die Besorgnis unbegründet ist, als wollten wir das Provisorium dazu benutzen, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Schadenersatzpflicht als Ganzes übernommen und ist bereit, ihr in den Grenzen des Möglichen nachzukommen. Wir sind deswegen auch bereit, einzugehen auf den Gedanken des Herrn Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil des Preises zu beschlagnahmen, den die Käufer in den alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil des Preises an das Schatzamt abgeführt und auf Reparationskonto vorzugesetzt wird.

Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Verfügung empfohlen und behauere nur, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschädigt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem Punkte ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankommt, mit möglichst bestmöglicher Feststellung, welches die Ritzern der letzten Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen, und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, die Deutschland für die Reparationen im Falle des Wiederaufblühens seiner Wirtschaft zu zahlen haben würde. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung eingetreten wird über die Art und Weise, in welcher Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die einzelnen Länder machen kann. Ueber alle diese Punkte sollte u. E. möglichst bald eine Besprechung zwischen Sachverständigen veranstaltet werden. Es ist schade, daß wenn es zu solchen Besprechungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre vorfinden würden, die durch die Einführung der Sanktionen wesentlich verschlechtert sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblick endgültig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck Verwahrung einzulegen.

Der Wiederaufbau der Arbeiter

Eine Abordnung des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wird während der nächsten Tage das französische Kriegsgebiet besuchen und Ende der Woche in Paris eintreffen. Der französische Gewerkschaftsoberverband hat seinerseits die Vertreter der Kriegsgegend für den 21. März nach Paris eingeladen zu einem Kongress für die Aufstellung eines Planes zum Wiederaufbau Nordfrankreichs. Der Verband hat zur Teilnahme an dieser Versammlung die politischen Vertreter, die Gemeindevorstellungen, die Berufsverbände, Genossenschaften und Arbeitsgewerkschaften der ganzen Kriegsgegend eingeladen, um ihnen das Ergebnis der an drei und Stelle gemachten Erhebungen, sowie der mit den deutschen Gewerkschaften geführten Verhandlungen zu unterbreiten.

Die Regierung Vanderveldes

Neben der französischen Regierung ist es vor allem die belgische Regierung, die für das schärfste Vorgehen gegen Deutschland eingetreten ist. Außer der französischen beteiligten sich belgische Truppen an der Okkupation. Die belgische Regierung hat in Paris wie in London keine vermittelnde Rolle gespielt. Das hindert das hervorragende Mitglied der zweiten Internationale, Emile Vandervelde, nicht, neben drei anderen Sozialisten Mitglied dieser Regierung zu bleiben, das hindert die belgische sozialistische Partei nicht, diese Regierung zu unterstützen. Es hindert nur die zweite Internationale, in dieser schweren Krise irgendeine Aktion zu entfalten. Es beweist aber auch mit aller Klarheit, daß die zweite Internationale ein Leichnam ist und ein unbrauchbares Instrument im Klassenkampf des Proletariats.

Italien macht „militärisch“ nicht mit

R. M. Rom, 8. März.

Am Montag vormittag fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Giolittis statt, der sich hauptsächlich mit der internationalen Lage beschäftigte. Giolitti erklärte, daß Italien im Falle der Inkraftsetzung von Gegenmaßnahmen gegen Deutschland sich von jeder militärischen Aktion zurückhalten werde. Alle anwesenden Minister erklärten sich damit einverstanden.

Die letzten Verhandlungen

Die gestrige Nachmittagsitzung

London, 7. März. (W. T. S.)

In der Nachmittagsitzung der Londoner Konferenz erklärte Lord George, daß er zu keinem großen Bedauern im Namen der Alliierten feststellen müsse, daß die Vorschläge, die Dr. Simons heute morgen gemacht habe, nicht annehmbar seien, und trotz des gewährten Zeitraumbesuchs die Hinausschiebung der Sanktionen nicht rechtfertigten. Die Freunde der Weltfriedens in den alliierten Ländern und in Deutschland seien bisher darin einig gewesen, daß eine definitive Regelung der Schadensfrage zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft notwendig sei.

Wenn Deutschland nicht Vorschläge mache, gebe es keinen Frieden. Wenn er in dieser Richtung die Vorschläge des Dr. Simons unterlasse, so müsse er sagen, daß diese nur anscheinend der Grundlage der Pariser Beschlüsse entsprächen, denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten fünf Jahren umsetzen könnten. Wenn insbesondere das Pflicht in Oberbegriffen ganz oder teilweise ungünstig ausfalle, so sei Dr. Simons berechtigt zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für fünf Jahre, sondern nur für fünf Wochen. Ueber die sonstigen von der deutschen Delegation gemachten Reserven brauche er nicht erst zu reden, weil die Reserven für Übersichten alles hinlänglich mache. Und was geschehe nach fünf Jahren? Hierfür lägen keine Vorschläge, kein Minimum, Wiederherstellung ihrer verwüsteten Gebiete rasch Geld erheben könnten, etwas anfangen könnten. Gewisse Fälle in der heutigen Rede von Dr. Simons zeigten, daß Deutschland die Situation überhaupt noch nicht verstanden habe. Dr. Simons habe von den ungeheuren Opfern gesprochen, welche das Provisorium erfordere. Wenn Übersichten verloren gehe, werde Deutschland zehn Millionen mehr Bevölkerung haben als Großbritannien. Um die großbritannischen Schulden an Pensionen, Kriegsschadensunterstützung usw. zu bezahlen, seien fünfzehnhundert Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die

Pariser Beschlüsse ausführe, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe verwenden, die Großbritannien allein aufbringen müsse. Frankreich müsse außer den Kriegsschulden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zwölf Milliarden Franken jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Neuntel der von Frankreich aufzubringenden Summe flüssig zu machen. Der andere anfallende Punkt sei die Weigerung Dr. Simons, die Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen. Dieser Punkt sei der Fundamentalsatz des Friedensvertrages. Dr. Simons habe die Geschichte zur Revision des Schuldverhältnisses angerufen. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von fünf Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbehagliches Gefühl, daß nach diesen fünf Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Revisionsgrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachdruck der Pariser Bedingungen dar. Die Alliierten hätten immer betont, und wiederholt, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten, sowie über eine der Ausfuhrabgabe äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Besserung der deutschen Lage. Sie mühten aber auf zwei Punkten bestehen. Erstens mühte unverzüglich der Gesamtbeitrag der von Deutschland zu bewirkenden festen Leistungen oder die Faktoren festgelegt werden, welche als Basis für ihre Festlegung dienen sollten, zweitens mühte die Zahlungsweise der Annuitäten geregelt werden. Ein bloßer Papiervertrag genüge nicht. Im Interesse der Alliierten, im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet habe, könnten nur diese Regelung verzögern. Lord George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem großen Bedauern die Alliierten zu dem Entschluß gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft treten mühten.

Die Sitzung wurde auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Dr. Simons folgende Erklärung ab:

Herr Präsident! Meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Zweck der neuen deutschen Vorschläge mißver-

Simons Rede

Die Rede des Reichsministers Dr. Simons in der gestrigen Vormittags-Sitzung der Konferenz lautet:

Herr Präsident! Meine Herren! Der britische Herr Premierminister hat zum Schluss seiner Rede vom vorigen Donnerstag im Namen der Verbündeten Regierungen erklärt, daß von dem heutigen Tage ab gewisse Zwangsmassnahmen gegen Deutschland ergriffen werden würden, wenn nicht bis dahin Deutschland die Erklärung abgäbe, daß es bereit sei, entweder die Pariser Entschädigungen anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderem Wege, aber auf gleich befriedigende Weise wie die Pariser Vorschläge seine Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles erfüllen.

Gestatten Sie mir zunächst, den Stand der Verhandlungen zusammenfassend festzustellen. Unser Gegenangebot vom 1. März ist zurückgewiesen und nicht für würdig erachtet worden, den Ausgangspunkt weiterer Erörterungen zu bilden. Auf der anderen Seite sind wir aus den Ihnen vorgetragenen Gründen außerstande, die Pariser Beschlüsse vom 29. Januar anzunehmen. Bei dem weitgehenden Unterschiede der Auffassungen beider Teile sind die Schwierigkeiten einer vollkommenen Lösung des Problems der Reparation im Augenblick so groß, daß wir notgedrungen darauf verzichten müssen, Ihnen heute einen neuen Plan für die gesamte Entschädigung vorzulegen. Trotz schwerwiegender Bedenken haben wir uns daher entschlossen müssen, auf den Gedanken einer erneuten vorläufigen Regelung zurückzugreifen. Ich erinnere daran, daß die Sachverständigen der Alliierten einstimmig Ihren Regierungen empfohlen haben, auf der Pariser Konferenz die deutsche Entschädigungsansprüche für 5 Jahre vorzulegen, weil sie in langer und gründlicher Arbeit die Überzeugung gewonnen hatten, daß die gewaltige Aufgabe nicht schnell zu lösen ist. Ich erinnere ferner daran, daß auch einige der alliierten Regierungen selbst unmittelbar vor den Pariser Beschlüssen die Möglichkeit einer sofortigen Festsetzung der Gesamtschuld Deutschlands entschieden verneint und ein Provisorium von 3-5 Jahren sogar verlangt haben.

Alle diese Überlegungen haben uns bestimmt, gleichfalls eine feste Regelung für die nächsten fünf Jahre in Aussicht zu nehmen; um zu beweisen, daß wir uns den Forderungen der Alliierten soweit nur irgendmöglich anschließen wollen, würden wir bereit sein, sowohl die für die ersten fünf Jahre verlangten festen Zahlungen zu übernehmen, als auch ein vollwertiges Äquivalent für die verlangte, aber von uns nicht für praktisch gehaltene Ausfuhrabgabe zu gewähren. Wir sind uns bewußt, daß diese gewaltigen Zahlungen nur dann möglich sind, wenn ein großer Teil davon im Wege der Anleihe begeben werden kann.

Wir würden aber einen solchen Vorschlag nur dann unternehmen, wenn er Aussicht hätte, von den alliierten Regierungen berücksichtigt zu werden. Wir können den Vorschlag nur für den Fall machen, daß Überschüssen auf Grund der Abtötung bei Deutschland verbleibt, und daß die uns auferlegten Beschränkungen im Weltmarkt fallen. Beides wäre nötig, damit Deutschland in ehrlicher Weise so hohe Zahlungen versprechen kann.

Wenn zwischen den Pariser Beschlüssen der alliierten Mächte und den Londoner Gegenvorschlägen Deutschlands ein so großer Abstand besteht, so liegt das nicht daran, daß die deutsche Regierung bestrebt wäre, sich ihren Vertragsverpflichtungen zu entziehen oder sogar den Vertrag zu verstoßen, sondern daran, daß sie sowohl die Wirkungen jener Pariser Beschlüsse wie die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft anders einschätzt, als die Alliierten. Wir wissen wohl, wie ungeheuer der Schaden ist, den der Krieg allen beteiligten Völkern getan hat, und wie groß der Anteil an dieser Last ist, den wir nach dem Friedensvertrag auf uns genommen haben. Wir wissen aber auch, daß es niemandem nützen würde, wenn wir jetzt auf viele Jahrzehnte hinaus unsere Verpflichtungen in einer Weise zahlenmäßig festlegen wollten, die unsere Leistungsfähigkeit und die unserer Kinder und Enkel nach unserer gewissenhaften Prüfung weit übersteigt. In der Zwischenzeit von Donnerstag bis heute habe ich nichts unversucht gelassen, um den Geist, in dem unsere Gegenvorschläge gemacht waren, darzulegen, Irrtümer aufzuklären und andere Wege der Verständigung zu suchen. Ich möchte noch einmal betonen, daß unsere Gegenvorschläge von dem aufrichtigen Bestreben getragen waren, eine auch für unsere Gegner annehmbare und ihren Bedürfnissen entsprechende Regelung zu finden. Wir haben uns überzeugt, daß angesichts der gewaltigen Verhältnisse in der Beurteilung von Deutschlands Leistungsfähigkeit eine Vereinbarung endgültiger Natur nicht zu erreichen sein würde. Wir haben deshalb versucht, wieder auf den Gedanken zurückzukommen, der der deutschen Regierung bereits früher von der englischen und französischen Regierung nahegelegt worden ist, nämlich auf den Abschluß eines Provisoriums für 5 Jahre. Obwohl ein solches

Provisorium für Deutschland schwere Opfer mit sich bringen und vor allem den Fehler haben würde, die Last der Unsicherheit über die endgültige Gesamtschuld bestehen zu lassen, waren wir doch im Interesse einer friedlichen Verständigung bereit, auf diesen Boden zu treten. Wir würden so weit gegangen sein,

den Grundgedanken der Pariser Beschlüsse anzunehmen, daß die Gesamtschuldigung aus festen Annuitäten und aus einem mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands wachsenden mobilen Faktor besteht. Für die ersten 5 Jahre wären wir in der Lage gewesen, feste Annuitäten in der gleichen Höhe wie die Pariser Beschlüsse und daneben einen vollwertigen Ersatz für die in Aussicht genommene Zusatzschuldigung anzubieten. Dagegen haben wir uns auch bei sorgfältigster Prüfung in Uebereinstimmung mit der einhelligen Meinung der Regierung und des Volkes in Deutschland nicht dazu entschließen können, die übrigen in Paris vorgesehene Bestimmungen unretroaktiv anzunehmen.

Nach den Erklärungen der Gegenseite sollen die Pariser Vorschläge ein Entgegenkommen uns gegenüber darstellen. Wenn wir zu keiner Verständigung über die Gesamtheit der Reparationsfrage kommen könnten, würden wir es vorziehen, für die Zeit nach dem Ablauf von fünf Jahren von diesem Entgegenkommen keinen Gebrauch zu machen, sondern es bei den Bestimmungen des Friedensvertrages zu belassen. Ich kann nicht verstehen, inwieweit das als eine hartnäckige und vorurteilige Weigerung Deutschlands angesehen werden kann. Der britische Herr Premierminister hat darauf hingewiesen, daß die Grundlage des Friedensvertrages in der Schuld Deutschlands an den Weltkrieg zu erklären sei und daß daher Deutschland nach dem Prinzip, das es im Französischen Frieden selbst aufgestellt habe, nicht nur wie der Vertrag von Versailles es vorschreibt, die Schäden ersetzen, sondern sogar alle Kosten des Krieges zahlen müsse. Er hat gemeint, daß nicht eher eine Verständigung über die Durchführung des Friedensvertrages möglich wäre, als bis Deutschland seine ausschließliche Verantwortung anerkennt. Ich habe absichtlich die Frage der Schuld hier nicht aufgeworfen, weil ich im Gegenteil der Meinung bin, daß sie die Verständigung erschwere. Der Französischen Frieden legt nach dem alten völkerrechtlichen Gebrauch die Kriegskosten nicht auf den Schuldigen, sondern auf den unterlegenen Teil. Nach den napoleonischen Kriegen haben die Alliierten Gegner Frankreichs die Kriegskosten ohne Rücksicht auf die Schuldfrage größtenteils erlassen. In der Tat sind die Schuldfrage weder durch Verträge noch durch Auerkennnisse noch durch Zwangsmaßnahmen geregelt worden. Wer die Verantwortung für den Weltkrieg trägt, darüber wird einst die Weltgeschichte das letzte Wort sprechen. Wir alle sehen dem Ereignis nach zu. Es hat mir immer ferngelegen, die deutsche Regierung von jeder Verantwortung für den Krieg freisprechen zu wollen. Ob aber überhaupt ein einzelnes Volk die Schuld für diesen schrecklichen Krieg trägt und ob dies ausschließlich das deutsche Volk ist, wurde durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles nicht endgültig entschieden.

Für uns besteht der Vertrag von Versailles zu Recht,

weil wir unsere Unterfertigung darunter gefehlt haben. Wir haben damit nicht nur zugegeben, daß wir den Krieg verloren haben, sondern wir haben auch ein Urteil unterzeichnet. Der Präsident der Konferenz hat betont, daß es ein rechtskräftiges Urteil sei. Aber sie wissen, daß es in jedem Recht eine Möglichkeit gibt, auch ein rechtskräftiges Urteil anzusehen, wenn es dem Beurteilten gelingt, neue Beweise zu bringen, die die Begründung des Urteils erschüttern. Darin freilich gehe ich dem Herrn Präsidenten der Konferenz recht, daß die unterlegene Partei dem rechtskräftigen Urteil Folge zu leisten hat. Es ist rechtskräftig entschieden, daß Deutschland für die durch den Krieg entstandenen Schäden nach Maßgabe des Friedensvertrages Ersatz leisten muß. Ich stimme ganz mit Herrn Lloyd George darin überein, daß die Welt den Umfang dieser Schäden so klar wie möglich erkennen sollte, damit wirklich auf allen Seiten der tatsächliche Wille gemeint wird, das entstandene Elend zu lindern und die vernichteten Werte wiederherzustellen. Bismarck bin ich selbst durch einen großen Teil der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs gegangen. Der Anblick ist tief erschütternd. Darin weiß ich mich mit der großen Mehrzahl meiner Volksgenossen einig, daß wir unter Weltes tun müssen, um an der Wiederherstellungsarbeit mitzuwirken. Wenn wir zu dem Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs bisher nicht mehr haben beitragen können, so liegt das nicht an dem Mangel unserer Bereitwilligkeit. Gerade die arbeitende Bevölkerung Deutschlands ist von dem lebhaftesten Gefühl durchdrungen, den Geschädigten in den ehemals feindlichen, infolge der Weichung zerstörten Gebieten helfen zu müssen. Aber es handelt sich um eine technische und logische Aufgabe von so großer Schwierigkeit, daß unsere Vorschläge bisher mehr der Besorgnis und der Ablehnung, als der Anerkennung begegnet sind. Auf Grund der Untersuchung, die wir zur Hebung der eigenen Wohnungsnot angestellt haben, glauben wir in der Lage zu sein, den alli-

ierten Regierungen neue Vorschläge machen zu können, die vielfach geeignet sind, jene Bedenken zu zerstreuen.

Im übrigen muß ich doch auf die gewaltigen Leistungen hinweisen, die Deutschland schon jetzt für die Reparation und die Restitution vollbracht hat. Ich beklage es, daß diese Leistungen in der Öffentlichkeit der alliierten Länder nicht nach Gebühr gewürdigt werden, daß man immer noch behauptet, Deutschland zeige bösen Willen und entziehe sich der Erfüllung des Vertrages. Man mag über die äusseren Werte der Leistungen Deutschlands streiten, daß sie für ein arm gewordenes, vom Kriege und von der Blockade erschöpftes Volk eine gewaltige Kräfteanstrengung bedeuten, daß sie für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete eine erhebliche Hilfe gebracht haben, sollte kein unbesangener Beurteiler leugnen. In diesem Zusammenhang hat Herr Lloyd George von neuem hervorgehoben, daß die Steuerlast in Deutschland geringer sei als in alliierten Ländern. Seine Auffassung scheint uns darauf zu beruhen, daß die Sachverhältnisse der Alliierten für die Vergleiche eine falsche Methode angewendet haben. Man kann nicht die verschiedenen Belastungen auf den Kopf der Bevölkerung in Goldmark untereinander vergleichen. Verarmte Länder können selbstverständlich nur eine geringere Kopfquote tragen als reiche Länder. Man muß die Belastung für den Kopf vielmehr mit dem Einkommen für den Kopf vergleichen. Als Grundlage des Vergleiches akzeptiere ich die Zahlen der Deutscher des Vollerbumes. Daraus folgt, daß nach Abzug der Steuerbelastung ein Einkommen für den Kopf der Bevölkerung übrig bleibt: In England von 137,5 Goldmark, in Frankreich von 70,5 Goldmark, in Deutschland von 33, — Goldmark. Hieraus ergibt sich klar, daß nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Deutschland am stärksten belastet ist.

Die Androhung von Sanktionen ist nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt.

Es könnten für sie nur drei Bestimmungen in Frage kommen: 1. der § 18 der Anlage II zum Teil VII, 2. der Schlusssatz des Artikels 429 und 3. der Artikel 430. Zunächst gelte es keine dieser Bestimmungen, deutsches Gebiet außerhalb der Länder westlich des Rheins und der Bräntenköpfe neu zu besetzen, vielmehr darf nach Art. 429 nur die Zurückziehung der Okkupationsstruppen aus dem besetzten Gebiet hinausgeschoben werden, um Sicherheit gegen deutsche Angriffe zu gewinnen, und nach Art. 430 kann geräumtes Gebiet nur wieder besetzt werden, wenn Deutschland sich weigert, seine Reparationspflicht zu erfüllen. Aus § 18 endlich kann ein Recht zur Besetzung deutschen Gebietes überhaupt nicht hergeleitet werden, da es sich nach dem ganzen Zusammenhang um wirtschaftliche Maßnahmen handelt. Die wirtschaftlichen Sanktionen, die man uns jetzt androht, dürfen sich nach § 18 nur auf die Nichterfüllung der Reparationspflicht beziehen. Das britische Schaham hat dies vor kurzem ausdrücklich anerkannt, auf Verträge gegen Bestimmungen über die Kriegsbeschädigten oder die Entwertung ist er nicht anwendbar. Ein Verstoß gegen die Reparationspflicht liegt in unserm Erachten nicht vor. Der Termin, an dem nach Artikel 253 20 Milliarden in bar oder in Waren geliefert sein müssen, ist noch nicht eingetreten. Die zweite Sanktion würde übrigens ausdrücklichen Zusicherungen widersprechen, die die deutsche und die britische Regierung wegen des Bezuges auf die Anwendung des § 18 gegeben haben. Die Maßnahme, wonach die Forderungen deutscher Reichsangehörigen auf Bezahlung gelieferter Waren zum Teil mit Beschlag belegt werden sollen, wäre also weder in Belgien noch, soweit es sich um Bankguthaben handelt, die aus Warenkäufen entstanden sind, im vereinigten Königreich zulässig. Was die dritte Sanktion betrifft, so ist die Einführung einer eigenen Zollordnung in den Rheinländern nach Art. 270 des Friedensvertrages nur zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandsbevölkerung, nicht aber zur Verletzung des ganzen deutschen Volkes wegen unerfüllter Vertragspflichten vorgesehen. Nach alledem kann die Androhung der Sanktionen auf den Friedensvertrag nicht gestützt werden, sie verstoßt aber unserer Erachtens auch gegen die Völkerbundsstatute. Nach Artikel 17 der Statute bestimmt, daß auch bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundes und einem Staat, der nicht Bundesmitglied ist, das im Art. 15 vorgesehene Schiedsverfahren angewendet werden soll. Deutschland ist nicht Bundesmitglied, aber es hat die Bundesstatute unterzeichnet, und ich melde daher namens der deutschen Regierung gegen die angeordneten Sanktionen den Appell an den Völkerbund an.

Herr Präsident, meine Herren! Ich komme zum Schluss meiner Rede. Ich bitte Sie für mich der Gedanke, daß jede Zwangsmassnahme, wenn sie ihren Zweck verfehlt, neue Zwangsmassnahmen hervorruft und so, statt zur Durchführung des Friedens

zur Vorbereitung eines neuen Zustands der Gewalt führen muß. Wir alle aber haben es dringend nötig, aus der ungesunden Atmosphäre des Zwangs und der Gewalt in die heil-

Ausnutzung der atmosphärischen Elektrizität

Aus der Atmosphäre können noch gewaltige Energiemengen gewonnen und der Menschheit dienstbar gemacht werden. Zunächst ist es die Kraft der bewegten Luft, die Windkraft, welche zwar schon seit längerer Zeit durch zahlreiche kleine Einzelanlagen erfaßt wird, aber imstande ist, uns ungeheuer große Energiemengen laufend zur Verfügung zu stellen, wenn es erst gelangt, die gewonnene Kraft mit verhältnismäßig geringen Kosten aufzuspeichern, was bis jetzt höchstens bei Wasserverorgungsanlagen möglich war. Man kann mit den größten bisher gebauten Windrädern, die einen Durchmesser von 30 Meter besitzen, jährlich etwa 150 000 Kilowatt bei den gewöhnlichen mäßigen Aufgeschwindigkeiten von 2 bis 8 Meter erzielen, so daß für Großkraftanlagen ein Nebeneinanderstellen zahlreicher Windräder erforderlich wäre. Im ganzen wird die in Deutschland im Mittel verfügbare Windleistung auf Milliarden Kilowatt berechnet und übertrifft somit die gesamten ausnahmslos Wasserkräfte um ein Vielfaches.

In der neuesten Zeit hat auch der Vorschlag, die uns kostenlos dargebotene atmosphärische Elektrizität in geeigneter Weise auszunutzen, erhöhte Beachtung gefunden und zu Versuchen und Ergebnissen geführt, die recht wohl die Grundlagen für ein erfolgreiches Weiterarbeiten auf diesem Gebiete abgeben können. Im allgemeinen fühlen wir die in der Luft herrschenden elektrischen Spannungen erst dann, wenn sie zu gewitterartigen Erscheinungen von besonderer Höhe erreichen und mit elementarer Gewalt in Form von Blitzen zur Entladung kommen. Uebrigens wird der stets vorhandene Spannungsunterschied zwischen Atmosphäre und Erde um so größer gefunden, je höher der eine Vergleichspunkt über dem anderen liegt.

Man kann nun einen elektrischen Strom von außerordentlich hoher Spannung gewinnen, wenn man, am besten unter Ausnutzung von Bodenerhebungen, Ballons, die mit einer gut leitenden metallischen Oberfläche besetzt sind und mit feinen Kabelfäden als Aufhängorganen ausgerüstet sind, als Sammler an Luftpunkten von etwa 1000 Meter aufsteigen läßt; man kann durch ein metallisches Kabel den auf diese Weise gesammelten Strom zur Erde leiten. Der hohen Stromspannung steht aber die geringe Strommenge gegenüber, die durch einen einzelnen Ballon geliefert werden kann. Man müßte, um eine einigermaßen beträchtliche Strommenge zu erhalten, die Antennenkabel von einer größeren Anzahl solcher Sammelballons, die man an verschiedenen Stellen in die Höhe hat steigen lassen, durch eine auf Hochspannungsmasten angelegte Ringleitung untereinander verbinden.

Es bestanden indessen bisher fast unüberwindliche Schwierigkeiten, die eine direkte Ausnutzung dieser unüberwindlich hochgespannten Ströme für Beleuchtung, Beheizung oder als Kraftquelle unmöglich machten. Darum verdient ein neuerdings von sachverständiger Seite aufgestellter Plan erhöhte Beachtung, indem derselbe dahin geht, die so gesammelte statische Elektrizität zunächst in elektromagnetische Schwingungen umzuwandeln, was durch eine besondere Schaltungsweise unter Verwendung von Induktions- und Kondensatorwirkung erzielt werden könnte, und diese dann in mechanische Energie umzuwandeln, was mittels neu konstruierter Resonanz- bzw. Kondensatormotoren recht wohl möglich wäre. Erst die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie gesammelten Erfahrungen und die neuesten Fortschritte im Elektromotorenbau ermöglichen eine Verwirklichung dieses Gedankens, ohne daß die abgeschlossenen Maschinenanlagen und die dabei beschäftigten Personen durch die außerordentliche Höhe der Stromspannung allzu sehr gefährdet erscheinen. Wengleich die Aussicht ungemein viel Bestechendes hat, daß es in absehbarer Zeit gelingen sollte, die rohe Naturkraft der atmosphärischen Elektrizität, die bisher nur unheimlich und verderbenbringend die Werke der Menschen bedrohte, zu bändigen und sogar dem Kulturfortschritt dienstbar zu machen, so ist doch noch von vielen Seiten eine gewaltige Menge von sorgfältiger Einzelarbeit zu leisten, damit dies erstrebenswerte Ziel auch wirklich mit Sicherheit ertrotzt wird und damit die bisher ungenutzten gebliebenen Energiemengen mit wirtschaftlichem Erfolge gewonnen werden können.

Und noch einen weiteren, nicht gering zu schätzenden Vorteil für die Allgemeinheit würde die Verwirklichung dieses Gedankens mit sich bringen. Die Häufigkeit und Gefährlichkeit der Gewitter müßte in den Gegenden, in denen die atmosphärische Elektrizität in der oben geschilderten Weise dauernd abgeleitet würde, abnehmen; die sonst häufigen Gewitterschäden würden stark vermindert werden oder gänzlich ausbleiben. A. Th.

Eintrittsgeld in Berliner Museen. Vom 1. April ab wird in allen Berliner Museen, die bisher nur zum Teil und an einzelnen Wochentagen Eintrittsgeld erhoben, 2 M. Eintrittsgeld verlangt. Aus volksbildnerischen Gründen wird man aber den Sonntag für unentgeltlichen Besuch offenlassen, und auch ein Montag soll frei bleiben. Der Ertrag der Eintrittsgelder wird für Zwecke der Allgemeinheit in der Weise verwendet werden, daß Kataloge und Führer, die bei den jetzigen Verhältnissen stark verteuert, oft ganz unmöglich sind, billig herausgebracht werden. Ein verfrähter Staat, der Milliarden für die Reichswehr, Millionen für neue Kriegsschiffe und eigene Telegraphenanlagen der Sipps (1) hinauswirft, kann allerdings den Massen und den einzelnen Lernenden nicht mehr den Museumsbesuch ausreichend gratis bieten. Das Ganze nennt sich: Deutsche Kultur!

Das Lied des Junkers

Auf dem Stiftungsfeste des Landwirtschaftlichen Vereins zu Ostroh wurde, wie uns berichtet wird, nach der Melodie „Der Papst lebt herrlich in der Welt“ ein Tafellied gelungen, das allerhand über die Gefühle der Landwirte aus der Seele plaudert. Während man sonst nur immer Seufzen und Stöhnen hört über die niedrigen Getreidepreise, heißt es hier in unbekümmerter Naivität:

Wer lebt gar herrlich auf der Welt?
Wer hat den größten Bayern Geld?
Wer froht von Lebenslust und Kraft?
Es ist der Mann der Landwirtschaft!

Der ist ein Herr in seinem Reich,
Darin kommt ihm kein König gleich,
Steht fest und sicher auf dem Fuß
Trotz K. P. D. und Spartakus.

Für Autorität und starke Hand schwärmt der Landmann jetzt,
Soweit sie ihn selbst nicht erreichen:

Und drohen auch Geleß und Staat,
Der Landmann weiß sich immer Rat,
Man ist doch heut nicht mehr so dumm,
Geht's vorne nicht, geht's hinten rum.

Im übrigen aber steht er „treu und fest“ zum Vaterlande, an dem er so schön verdient:

Doch eins vergißt er nimmermehr,
Des Vaterlandes Glück und Ehr —
Steht immer zu ihm fest und stark
In deutscher Treu bis an das Mar.

Sowohl, sowohl — aber nicht bis an die Mar.

Nationalistische Phrasen in der Urania. Ein Parteigenosse und Leser der „Freiheit“ beschwert sich in einem Brief an uns über nationalistiche Phrasen, die der Direktor der Urania, Professor Franz Goetze, in einem Vortrag „Mit dem Flugzeug zur Nord- und Ostsee“ einflücht. In nationalistic Weise erklärt er den „Schmachfrieden“ als eine „Folge der Uneinigkeit des Friedensvertrages zerstörten Anlagen in Helgoland, Stolze (1) militärische Befestigungen“ und er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das erste Flugzeug, das über den Ozean nach Amerika fliegen wird, mit der „schwarz-weiß-roten Flagge geschmückt“ sein möge. Da wir uns nicht denken können, daß sich unser Parteigenosse diesen Bericht aus den Fingern gelogen hat — zu welchem Zwecke auch? — können wir der Urania nur dringend raten, sich in all ihren Vorträgen auf rein wissenschaftliche Auffassung zu beschränken. Die Gründer der Urania waren sozialistisch und internationalistisch gesinnte Männer, und die Besucher der Urania

same Atmosphäre freiwilliger Mitarbeit zu gelangen. Herr Lloyd George hat gesagt, daß es nicht die Absicht der Alliierten sei, Deutschland zu vernichten und zu versklaven, daß vielmehr ein erhobenes und blühendes Deutschland von ihnen als Bedingung ihrer eigenen Wohlfahrt anerkannt werde. Diese Worte finden bei uns lebhaften Widerhall. Auch wir sind uns bewußt, daß Deutschland auf keinen Wiederaufbau seiner zerrütteten Volkswirtschaft rechnen darf, so lange seine bisherigen Gegner unter den Folgen des Krieges derartig schwer zu leiden haben. Wie man auch die Schuldfrage entscheiden mag, es handelt sich um gemeinsame Not, die nur durch gemeinsame Anstrengungen gehoben werden kann. Glauben Sie mir, daß Deutschland bereit ist, sich mehr wie die anderen anzustrengen. Wir bitten, die Alliierten möchten uns dabei helfen, einen Weg zu finden, wie wir die geforderten Beträge an sie zahlen können. Wir glauben, daß die Methoden, nach denen wir unteren Zahlungsverpflichtungen nachkommen könnten, für jedes der beteiligten Länder besonders geprüft werden sollten. Wahrscheinlich werden wir in dem Verhältnis von Verzählungen und Sach- oder Arbeitsleistungen andere Wege gegenüber Frankreich als gegenüber England, andere gegenüber Belgien als gegenüber Italien einschlagen müssen. Wir werden auch zu prüfen haben, wie weit die Forderungen, die andere am Friedensvertrag nicht beteiligte Mächte an uns stellen können, bei unserer Vereinbarung mit den Alliierten zu berücksichtigen sind. Alle diese Fragen bedürfen aber, um in einer praktisch anwendbaren Weise gelöst zu werden, der technischen Durcharbeitung durch beiderseits zu bestimmende Experten. Lassen Sie sich hoffen, daß es durch die gemeinsame Arbeit dieser Kenner des europäischen Wirtschaftslebens gelingen wird, einen Ausweg aus dem Labyrinth schwerster wirtschaftlicher Nöte zu finden, in die wir alle gemeinsam verstrickt sind.

Eine Proklamation Eberts

Der Reichspräsident hat eine Proklamation erlassen, in der er die „Mittbürger“ auffordert, der fremden Gewalt Herrschaft mit ernster Würde entgegenzutreten, aufrechten Sinn zu bewahren und sich nicht zu unbesonnenen Taten hinreißen zu lassen.

Die Regierungsbildung in Preußen

Entscheidung voraussichtlich morgen

Wie die „P. B. N.“ hören, hatten die drei alten Koalitionsparteien der preussischen Landesversammlung: Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, am Montag vormittag ihre erste interfraktionelle Besprechung über die Frage der Kabinettsbildung. Die Aussprache war unverbindlich, da die Fraktionen noch nicht zusammengetreten sind. Es soll auf Grund dieser Aussprache den Fraktionen Bericht erstattet werden, von denen die Demokraten und Sozialdemokraten am Dienstag, das Zentrum am Mittwoch mittag tagen. Am Mittwoch abend dürfte dann die entscheidende interfraktionelle Beratung stattfinden. Gegenstand der Erörterung ist naturgemäß in erster Reihe die Frage, ob zur Regierungsbildung in Preußen die Deutsche Volkspartei herangezogen werden soll oder nicht.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet hierzu, daß das Zentrum und die Demokraten in jener Sitzung ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben haben, die Regierungsbildung in Preußen durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zu vereinfachen. Die Vertreter der Rechtssozialisten dagegen haben eine ablehnende Haltung gegenüber der Zugewinnung der Deutschen Volkspartei eingenommen. Am Mittwochabend, nachdem die Sitzungen der drei Fraktionen stattgefunden haben, wird der interfraktionelle Ausschuss seine Verhandlungen wieder aufnehmen. Eine preussische Kabinettsbildung, die am Montagabend stattfand, hat sich mit der Frage der Regierungsbildung nicht beschäftigt.

Die Wahlen in Gotha

Am Sonntag wurde in Gotha zum Landtag des Bezirks gewählt. Es erhielten Stimmen Unabhängige 8367, Kommunisten 24797, Rechtssozialisten 4218, Heimatbund (Vereinigte bürgerliche Fraktionen) 41915.

Nach der Spaltung hatten die Kommunisten das Parteiblatt und die Organisation an sich gerissen. Unsere Partei mußte die Arbeit vom neuem beginnen. In Anbetracht dieser Umstände

sehen sich zu einem sehr großen Teil aus der sozialistischen Arbeiterkraft zusammen. Nur wenn die Urania frei von jeder Parteipolitik bleibt, wird sie sich weiter der Unterstützung der sozialistischen Presse erfreuen können. Darin werden sich wohl alle Arbeiterblätter einig sein.

Die Reichskulturabgabe. Eine urheberrechtliche Kommission, die der Unteraussschuß des Reichswirtschaftsrates zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit eingesetzt hat, verhandelt über eine Kulturabgabe, die durch Reichsgesetz eingeführt werden soll. Der Plan, der im Interesse der noch lebenden geistigen Arbeiter aller Art verfaßt ist, daß bei der jetzigen Lage des Verlags- und Kunstmarktes die Konkurrenz der toten, der freigeordneten Autoren und Musiker immer mehr die Möglichkeiten für junge Kräfte unterdrückt, löst naturlicherweise auf den heftigen Widerstand des Buchhandels. Das Organ des Börsenvereins nennt die Kulturabgabe eine das laufende Publikum belastende indirekte Steuer, die die schon aufsnapfte (1) kalkultierten Klassiker Ausgaben noch weiter verteuern und also nur kulturfeindlich wirken wird. Das heißt denn doch etwas das auftragen. In derselben Nummer der Buchhändlerzeitschrift teilt ein großes Verlagshaus seine jetzigen Klassikerpreise mit: 4 Bände Goethe in Auswahl 80 bis 100 M. (je nach Einband), 8 Bände Schiller 180 bis 220 M., 5 Bände Heine 90 bis 137,50 M. usw. Kommen da wirklich 10 Prozent Aufschlag für die Kulturabgabe hinzu, so bedeutet das bei Leuten, die solche Summen für Klassiker überhaupt ausgeben können, nicht unviel. Und der Käufer mag sich dann noch sagen, daß dieser Aufschlag nicht in die Taschen eines Unternehmers oder Zwischenhändlers fließt, sondern den Dichtern von heute ihre Existenz erleichtert, ihr Hervortreten ermöglicht. Der Börsenverein hat neuerlich auf seiner Leipziger Tagung den Sortimenteraufschlag und die Valutaordnung aufrechterhalten, beides Dinge, die gegen das wirtschaftliche und kulturelle Interesse der Autoren aus rein geschäftlichen Gründen eingeführt worden sind, und er tat es gegen den Vorschlag des Reichsfinanzministeriums. Der Sortimentshandel fordert beim Schönwetterverlag den Buchverleger 45 Prozent für sich. Was würde wohl erst der Buchhandel sagen, wenn auch der geistige Urheber mit derartigen Forderungen käme! Die Kulturabgabe muß kommen, wenn das geistige Leben Deutschlands nicht infolge der Verelendung der Schriftsteller- und Künstlerwelt unheilbaren Schaden nehmen und damit auch den Buchhandel, der jetzt wirtschaftlich sehr sicher besteht, mit sich herabziehen soll.

In der Tschecho-Slowakei hat das Justizministerium einen Gesetzentwurf über die Kulturabgabe bereits ausgearbeitet. Die Werke, die frei geworden sind, werden Staats Eigentum, alle daraus entstehenden Einkünfte kommen einer Kulturstiftung für die Schaffenden zugute.

Fortschritte der Volksbühnenbewegung. Seit Beginn des Jahres 1921 nahmen in Dresden, Eisenach und Rühringen-Wilhelmsbad neugegründete Volksbühnenvereine ihre Tätigkeit auf. In Düsseldorf, Eberfeld-Barmen und für den Bezirk Gelsenkirchen wurden nach Vorträgen des Generalsekretärs des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, die sofort das lebhaft

können wir, soweit unsere Partei in Betracht kommt, mit dem Wahlausgang zufrieden sein.

Über eine Niederlage hat der Sozialismus, hat die Arbeiterbewegung erlitten. Gotha war ehemals eine Hochburg der Sozialdemokratie, noch bis vor einiger Zeit hatten wir die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Durch die zerstörende Tätigkeit der Kommunisten ist es dahin gekommen, daß die Bürgerlichen das Feld behaupten und im Landtag eine sichere Mehrheit haben.

Die Sicherung der ober-schlesischen Abstammung

Die Interalliierte Kommission hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während der Abstimmungsperiode eine Verordnung erlassen, in welcher jede politische Propaganda-tätigkeit, Versammlungen, Umzüge, Kundgebungen, Anbringung von Plakaten an öffentlichen Wegen und allen dem Publikum zugänglichen Orten unterlagt wird. Alle Theater, Kinos und für sonstige Schaustellungen bestimmte Säle sind von 10 Uhr abends bis 4 Uhr nachmittags am folgenden Tage geschlossen zu halten. Der Verkauf von Spirituosen und Wein ist verboten. Vom 18. März 1921 10 Uhr abends, bis zum 22. März 1921 8 Uhr vormittags, sind die Schaustellungen und ähnliche Establishments vollständig geschlossen zu halten. Restaurants in Hotels sind von 10 Uhr abends bis 8 Uhr vormittags des nächsten Tages zu schließen. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften werden mit 15 Tagen bis 3 Monaten Gefängnis oder 500 bis 5000 Mark Geldstrafe bestraft. Establishments können für die Dauer bis zu 3 Monaten geschlossen oder der gesamte dort befindliche Getränkevorrat konfisziert werden.

Weiter gibt die Interalliierte Kommission bekannt: Um die Versorgung der Auswärtigen Abstammungsberechtigten mit Lebensmitteln während ihres Aufenthaltes in Oberschlesien zu sichern, sind entsprechende Maßnahmen getroffen worden. Brot oder Mehl, Zucker und Fleisch werden nach folgenden Rationen ausgegeben: Mehl 200 Gr. oder Brot 350 Gr. pro Tag, Zucker 180 Gr. für 6 Tage, Fleisch 250 Gr. für 6 Tage. Andere Lebensmittel sind nicht rationiert. Es wurden aber Maßnahmen getroffen, um die notwendigen Mengen auf dem gewöhnlichen Wege des Handels bereit zu stellen. Beim Eintreffen auf dem Bahnhof oder der Grenzüberwachungsstelle, wo seine Wahlkarte abgestempelt wird, bekommt der Abstimmungsberechtigte eine Lebensmittelkarte, die ihm gleichzeitig mit der Wahlkarte ausgehändigt wird. Die Lebensmittelkarte wird auf der einen Seite polnisch, auf der anderen deutsch gedruckt sein. Sie weist eine Stelle auf, wo der Abstimmungsberechtigte seinen Namen, sowie die Gemeinde einschreiben soll, in welcher er seine Stimme abgibt. Diese Stelle, die ablosbar ist, wird dem Gemeindevorsteher abgegeben, sobald der Abstimmungsberechtigte am Ziel angelangt ist. Der übrige Teil der Lebensmittelkarte wird zurückgehalten und dem Besitzer des Hauses, Hotels, Gasthauses usw., in welchem der Abstimmungsberechtigte seine Mahlzeiten einnimmt, übergeben. Der Besitzer des Hauses, Hotels usw. wird diesen Teil der Karte wie eine gewöhnliche Lebensmittelkarte benutzen, um die nötigen Rationen für seinen Gast zu bekommen. Auf jeder Lebensmittelkarte sind nummerierte Abschnitte vorgegeben. Die sollen nötigenfalls benutzt werden, wenn andere Lebensmittel als die oben bezeichneten rationiert werden müssen. In einem solchen Falle wird die Maßnahme dem Publikum durch die Presse bekannt gegeben. Auswärtige Abstimmungsberechtigte die aus irgend welchem Grunde eine Lebensmittelkarte nicht besitzen, sollen sich an den Gemeindevorsteher wenden. Es wird im allgemeinen unmöglich sein, verlorene Lebensmittelkarten zu ersetzen. Auswärtige Abstimmungsberechtigte müssen also Acht geben, daß sie ihre Karte nicht verlieren.

Der vertagte Aulockprozeß

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir die kurze Meldung aus Breslau wiedergegeben, wonach der Aulockprozeß bis auf weiteres vertagt worden ist. Die Zeugenauslagen hätten nur wenig Interesse geboten. Auf wessen Veranlassung ist dieser Prozeß vertagt worden? Soll es der Aulockbende ebenso gehen, wie den Herren Hiller und Kessel? Beabsichtigt das Gericht, die Erledigung des Prozesses bis zum Sankt Nimmerleinstag hinauszuschieben?

Es ist unwahr, wie die Meldung behauptet, daß die Zeugen auslagen kein Interesse hätten. Im Gegenteil, die Öffentlichkeit hat das lebhafteste Interesse daran genommen. Hat sich

teiste Interesse wecken, Aktionsausschüsse gewählt, die mit den Vorarbeiten für die Gründung von Volksbühnengemeinden beschäftigt sind. In zahlreichen anderen Orten, so in Nürnberg, Münster, Mainz, Offenbach, Worms, Stralsund, Danzig usw. sind bereits Schritte getan, um eine systematische Werbearbeit aufzunehmen.

Romische Oper. Emmerich Kalman's bekannte Operette „Der Zigeunerprimas“, ist, als „Aigeunerblut“ umgetauft, in neuer Einstudierung Freitag abend gespielt worden. Die Aufführung war recht flott, namentlich die lustigen Szenen im ersten und zweiten Akt gefielen sehr. Die sentimentalen Einschübe störten den Eindruck beträchtlich. Von den Rollen waren die weiblichen Hauptrollen besser als die männlichen besetzt. Namentlich Else Müller als unwürdiges Dorfmadel erregte sich lebhaften Beifalls. Gut war auch Elly Reuz in der Rolle der feischen Zulda. Das Publikum nahm die Aufführung sehr beifällig auf. A. S.

Die byzantinischen Gase. Der berühmte Chemiker Thénard hielt vor dem Herzog von Orleans einen Vortrag über Experimentalkemie, wobei er mit einer tiefen Verbeugung vor dem Prinzen ankündigte: „Somit werden diese beiden Gase die Ehre haben, sich vor Ihrer königlichen Hoheit zu vermischen.“

Tages-Notizen

Vereinsveranstaltungen der U. S. V. D. Katholischer Diözesan-Professorenfrühlingsspektakel, Sonnabend, 12. März, 7 Uhr, Schiller-Doppele, Pant., Ute Völgelstraße. Chor, Gesang, Regitation, Klavier. Mitwirkende: fast ausschließlich Genossen des U. S. V. D.

Volksbühnenkonzert. Heize Kludberg wird im 4. Bockensert, Sonntag, 13. März, 7 Uhr, in der Garnisonkirche 3 Seiten aus Rantaten mit obligater Melodie und Orgel singen. Außerdem gelangt des Konzerts 2. Teil für zwei Violinen und Orgel (Witold Birkenberg, Georg Reichardt, Erik Heimann) sowie die Sonate c-Moll aus dem „Musikalischen Oper“ für Klavier (Prof. Emil Feld), Violine und Orgel zum Vortrag. Karten zu 2 M., Nichtmitglieder 2,50 M., sind in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Untenstr. 227, in den Warenhäusern von Hermann Lieg, Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Straße 68 und Sonntag abend in der Kirche zu haben.

Schule und Erziehung: Öffentliche Versammlung im Sophienpark Sonntag, 12. März, Weinmehlstr. 16, 7 Uhr, über Schulaufsicht und Schulausbau. Redner: Rektor Paul Gärtner, Ute Völgelstr. Gemeindevorsteher Dr. Otto Drömmel, Prof. Paul Deppisch.

Dichtersende. Kurt Schmitters Nech Mittwoch, 7. März, im „Sturm“, Potsdamer Str. 134a, eigene Dichtungen. — Volksbühne: Else Müller. Schiller Nech Donnerstag in der Aula des Gymnasiums zum großen Klotter aus eigenen Werken. Karten 1 M. — Frau Feld Nech Donnerstag, 8 Uhr (Buchhandlung Wlas, Spichernstraße) Westfalen, Eberhard, Wetzlar (Spiegelberg). — Margarete Franke Nech Freitag, 8 Uhr, im Rosenkranz-Saal Gedichte von Stern, Eichendorff, Stephan, George, Dehmel, Heine, Goethe, Schiller usw.

Vorträge. Über „Allgemeine Bildung“ spricht Professor Dr. Peter W. Silbermann, Mittwoch, 8 Uhr, Margareten-Doppele, Altonaer Straße 10. — Gedichtesammlung: Fritz Siegel spricht über das Thema „Was Goethe in Italien nicht sah“, Freitag, 7 Uhr, Aula der Universität. — Über die Verwandlung der sich bildenden Welt spricht Otto Freundlich Freitag, 8 Uhr, Graphisches Kabinett, 3. S. Neumann, Karlsruherdamm.

doch erneut gezeigt, welcher Schandtat der Militarismus fähig ist. Und die Öffentlichkeit hat weiter ein Interesse daran, daß alle Winkel dieses Stabals bloßgelegt werden!

Bombardement Petersburgs

Stockholm, 8. März.

„Nordiska Presscentralen“ meldet aus Helsingfors: Laut einer Meldung des „Finola Notisbyrå“ aus Wiborg, hat Kronstadt Montag nachmittags um 4 Uhr angefangen, Petersburg zu bombardieren. Anscheinend ist die schwerste Artillerie der Festung in Aktion. Kronstadt wird von den Batterien bei Sysserby, Nevonemaa und Lashowla bombardiert.

Die gegenrevolutionäre Bewegung in der Ukraine

CC. Warschau, 7. März.

Wie der „Kiwer Kommunist“ berichtet, hat die Sowjetukrainische Regierung in Charkow an die ausländischen Bauernabteilungen einen Aufruf gerichtet, bis zum 15. März die Waffen niederzulegen und sie den Sowjetbehörden abzuliefern, widrigenfalls die Sowjetregierung eine regelrechte militärische Aktion zur Niederwerfung der Aufstandsbewegung durchführen werde. Der Aufruf ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Troßki zum Diktator ausgerufen

HN. London, 8. März.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Infolge der ersten Lage hat der Rat der Volkskommissare Troßki zum Diktator der Sowjetrepublik ausgerufen und mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet. Troßki ist aus Moskau nach Petersburg abgereist.

Bulgariens auswärtige Politik

CC. Sofia, 7. März.

Ministerpräsident Stambulinski äußerte sich in der Kammer in einer vierstündigen Rede über die auswärtige Politik Bulgariens. Er wies auf die schwierige Lage hin, in der sich das Land befindet und besprach dann die günstigen Aussichten, die sich nach seiner erfolgreichen Mission während seiner Auslandsreisen nunmehr eröffnen. Der Ministerpräsident erklärte, der Grund für die schwierige Lage des Landes sei darin zu suchen, daß im Auslande das Vorurteil herrsche, Bulgarien sei ein Agent des Panislamismus, was jedoch schon durch die langjährigen Kämpfe des bulgarischen Volkes gegen die aggressiven Versuche des ehemaligen russischen Regimes widerlegt wird. Diese Ansicht über Bulgarien ist nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten eine Folge der verhängnisvollen Politik der früheren Regierungsparteien, insbesondere der Volkspartei, der Progressisten und der Demokraten. Stambulinski forderte die Führer dieser Parteien auf, ihre bisherige politische Tätigkeit aufzugeben und Bulgarien freie Entwicklung im Wege innerer Reformen und friedliebender Politik dem Nachbarn gegenüber zu ermöglichen. Der Ministerpräsident betonte, daß die Zukunft Bulgariens von der aufrichtigen Erkenntnis der in der Vergangenheit begangenen Fehler abhängt.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags wird zur Entgegennahme des Berichtes des Ministers Dr. Simons sofort nach Rückkehr des Ministers einberufen werden.

Eine neue Wahlperiode der englischen Regierung. Die englische Regierung hat binnen kurzem die dritte Wahlperiode erlitten. Der Kandidat der Arbeiterpartei in Penkington wurde gegen den Kandidaten der unabhängigen Liberalen und den liberalen Kandidaten der Koalition gewählt. Der Wahlkreis gehörte bisher den unabhängigen Liberalen.

Verhaftung des deutschen Vertreters in Tiflis. Das diplomatische Korps in Georgien, darunter der deutsche Geschäftsträger Herr Kaucher, hat Tiflis verlassen. Der dort zurückgelassene deutsche Vertreter Druffel wurde verhaftet. Es werden Schritte in Moskau getan, um ihn wieder freizubekommen.

Beendigung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks. Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg ist auf Grund nochmaliger Urabstimmung am Sonntag (1762 : 4266) beendet. Am Montag erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit.

Das Danziger Militärmandat. Der Pariser Berichterstatter der „Gazeta Warszawska“ veröffentlicht den Wortlaut des Gutachtens des Oberkommissars von Danzig, Generals Halling. Dieser spricht sich gegen die Uebertragung des Militärmandates an Polen aus, das Danzig weder bei Angriffen von Rußland noch von Deutschland weder verteidigen können und das Mandat nur zu Polonisierungszwecken ausnützen wolle.

Italienische Sozialisten gegen den Ueberfall auf Georgien. Das Zentralkomitee des Verbandes der Sozialisten-Reformisten nahm eine Protestresolution gegen den Ueberfall der russischen Armee auf Georgien an.

Amerikanische Heeresreform. Das Repräsentantenhaus verabschiedete die Vorlage über die Militärärzteleite, welche den Mannschafbestand auf 156 000 Mann festsetzt. Das Gesetz wurde sodann dem Präsidenten Wilson weitergeleitet.

Ausschneiden!

Druckfläche
SIn die
Hauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G2
Breite Straße 8-9

